

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Ertrags, höhere Gewalt und Betriebsführung entfallen dem Verlag von der Haftung für Verhinderung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Verlagspreis des Einzelheftes 10 Pfennig. - Abnehmer für den Monat 1 Mark. - Fernsprechnummer nach dem Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 30

Halle, 28. Juli 1928

4. Jahrgang

Die Anschlußfrage

Der kleine Schulmeister Franz Schubert, dem es im Leben zu fämmerlich erging, und der aus dem fogenannten Dasein so früh von ihnen gehen mußte, hätte es sich nicht träumen lassen, daß sein Name einmal politische Bedeutung erlangen würde. In seinem Zeiden aber stand die große Kundegebung des Anschlusses, die in Wien möglich und beinahe unerwartet ein gewaltiges Echo gewirkt hat. Vorahnd nahm der französische Gelehrte Graf de Clausel Urlaub, um an diesem Deutschen Tage nicht auf einem Hofen anwesend sein zu müssen. Eine etwas förtliche Rede, umjo unverständlich, als die Feier für Westfalen an der gleichen Stelle die französische Erregung nicht aufgehört hat. Herriot kam damals in Person, um dem Namen des unferblichen Mufflers zu huldiven. Der Kommandant der Croica, die ursprünglich Napoleon I. gewidmet war, steht allerdings über den Köstern. Er hat internationale Geltung. Der Sänger unserer vollstimmigstenlieder jedoch ist eben zu deutsch. Daran nahm man in Paris Anstoß. Die Erwartungen haben nicht getäuscht. Aus allen Ecken, wo noch die Mutterprache gepflegt, also nicht nur aus dem Weich, sondern auch aus Siebenbürgen, aus dem Eidenlande, aus Südtirol und den an Jugoslawien berangegangenen Gebieten um Ungarn, waren sie erschienen. Die Franz Schubert mit seinen eigenen Liebern verberischen für alle. Abbe, der sich so viele Verdienste gerade um die Anschlußfrage erworben hat, hielt die Gedentrede und erklärte sich dabei an die Machthaber in Prag und Belgrad, die mit ihrem Kampf gegen die Vereinigung Deutschlands und Osterreichs die Grundlagen verleugneten, auf denen die selbst ihre Staatsweisen errichtet haben. Herr Schepel sagte vielleicht etwas ungehalten sein, denn der Jubel der Massen ist eine Anklage gegen seine laue Haltung, die im Hinblick dem großdeutschen Gedanken nicht übermäßig Rechnung trägt. Auch in Prag, wo Abbe hoffnungsvoll sprach, einmal die Vertreter Osterreichs im Reichstag berufen zu dürfen als Mitglieder einer solchen unparteiischen parlamentarischen Vertretung brauchte das Deutschland und mehren die schwarz-rot-goldenen Fahnen. Der kleine Schulmeister ist eben härter als der Berliner Herr. Der rote liegt über die Lebenden.

Das Echo

Ganz so unferndlich hätte das Echo in jenen Ländern, die deutsches Gebiet an sich geriffen haben, nicht ausfallen können. Angenehm hätte ihm gebieten sollen, wenigstens eine lauerliche Wiene zu zeigen. Das Organ des Herrn Reichs bemüht sich auch rechtlich, die Wiener Vorgänge nicht leicht traglich zu nehmen, aber sonst könnte es durch den Prager Wälderwald. Noch miteinander äußern sich die Setzungen Jugoslawiens, namentlich die Kranda, deren enge Beziehungen zum Außenminister Marintowitsch bekannt sind. Wenn man sich glauben lassen würde, wäre der Weltfrieden gefährdet. Daß an der Seine die Aufnahme dieser Nachrichten nicht unbeachtet sein würde, war zu erwarten. Namentlich der Temps überging sich in fitte. Der Enttäufung, sich schon den Frieden von Versailles geriffen und forderte die Entente auf, ja zur rechten Zeit zurückzutreten. So sehr er sich auch gebärde, wurde er noch von dem Journal de Debats überboten. Auch die Nouvelle, sonst versöhnlich-freundlich, rumpelt die Seiten. Der Anstich förmte Vocarno über den Haufen werfen, obwohl sein Wort von den deutsch-österreichischen Beziehungen in diesem Verträge enthalten ist. Aber das Blatt erkennt wenigstens die Bedeutung der Frage und begreift, daß man mit Photographen den Willen einer Nation nicht unterwerfen kann. Deshalb fordert es auch Briand auf, einen ähnlichen Pakt wie für den Rhein nun für die Donau vorzunehmen. Damit übrigens nicht das Geringste erreicht werden würde. Bisher hat sich noch immer erwiesen, daß die Setzen der Wäler härter sind, als noch so kluge Gedanken der Staatsmänner.

Die verschobene Damesrevision

Barler Gilbert hat in der Reparationskommission einen Bericht erstattet. Kurz und nichtsagend lauten die Communiqués, die darüber ausgegeben worden sind. Und noch mußte jeder, daß die große Frage der Damesrevision und der Neuregelung der interalliierten Schulden zur Tagesordnung stand. Darüber kein Wort. Barler Gilbert, der kurz zuvor in einem französischen Seebade mit Staatssekretär Wilson zusammengetroffen war, hatte dann eine lange Unterredung mit Poincaré, an die sich Belunde bei den ersten Finanzmännern des westlichen Nachbarreiches, namentlich bei dem Gouverneur der Banque von Frankreich anschloß. Aber auch darüber wurde kein Wort verloren. Nur vom Exzellenz gelang es, das Dunkel etwa zu lichten. Er dachte anstehend unrichtig sein, wenn er mittelst, Gilbert über den Einbruch genommen, daß es noch nicht an der

Zeit sei, die Probleme aufzuwerfen. Namentlich sein Wunsch nach Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz hat zur Stunde keine Aussicht auf Verwirklichung. Ehe nicht das amerikanische Volk seinen neuen Präsidenten gewählt und in sein Amt eingeföhrt hat, sind die Dinge nicht spruchreif. Wir werden uns also bis zum Frühling kommenden Jahres gebunden müssen. Dabei scheinen die verantwortlichen Staats- und Finanzmänner Frankreichs sich nicht mehr so absehend zu verhalten wie zuvor. Auch sie haben sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Dawesplan, vor vier Jahren eine rettende Tat, heute überholt ist. Nur müßten sie damit eine Regelung der eigenen Schulden verbinden, wodurch eine Erleichterung eintritt. Trotzdem geben wir zu, daß sie ein gewisses Recht dazu haben. Auch sie leiden unter den Zahlungen, die sie bisher noch nicht begonnen haben, die aber drohen und mahnen vor ihnen stehen. Nur ein Schlußstrich unter die Kriegserrechnung kann Europa den wirtschaftlichen Frieden wiedergeben.

Das englische Industrieproblem

Sir haben alle Veranlassung, die Bemühungen der Engländer, ihrer industriellen Schwierigkeiten Herr zu werden, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Es handelt sich hier nicht um Sorgen, die nur über dem Inland lagern, sondern um Fragen, die für alle europäischen Staaten Gültigkeit haben. Der Krieg hat sie zur Weile gebracht. Vordanden sind sie auch vorher gewesen. Man übersteht so gern, daß schon 1913 der Absatz stierte. Das hat sich inzwischen veräußert. Die Amerikaner sind die eigentlichen Finanzgeber der Weltzerfleuchtung. Nicht politisch, auch nicht finanziell, wie man allgemein glaubt, sondern in erster Linie durch die Macht ihrer Kohlföte. Das Ausscheiden Englands hat ihre Vormachtstellung gestiftet und vermutlich auch für die Zukunft gesichert. Im Wettbewerb gegen die Vereinigten Staaten muß Europa, das schwer unter dem Mangel an diesen Rohstoffen leidet, unterliegen. Gemaltig ist die Zahl der Arbeitslosen angewachsen. Nicht nur bei uns, wo ja die Verringerung des Heeres von 800 000 Mann auf 100 000 und die stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbseleben auf den Arbeitsmarkt drückt, sondern auch in England, das mehr Zwischenhändler als Fabrikant ist und sich häufig von vielen Abzweigebieten abgeschnittent sieht. Subventionen, an die man übrigens auch bei uns gedacht hat, sind eine bedenkliche Maßnahme. Sie belasten die Finanzen und verringern die Kräfteentfaltung, die nur durch Selbsthilfe gestiftet werden kann. Baldwin scheint nach seinen neueren Erklärungen keine besondere Rolle für sie zu spielen. Was er jetzt vorschlägt, sind allerdings wie die Tarifermäßigungen oder die Setzungen gewisser Steuern nur Mittelchen, die nicht ausreichen werden. Anders lände es um die Umstellung. Sie wird ernsthaft erwogen, nur sind die Industrien nicht in der Lage, das alles aufzunehmen, was bei der Produktion von Stahl, Eisen und Kohle keine Verwendung mehr findet. Auch die Landwirtschaft kann kein Reservat mehr bilden, sie leidet selbst, weil ihre Preise durch die Konkurrenz der Heberie stark herabgedrückt worden sind. Die Umstellung wäre denkbar, und diesen Weg hat die Genfer Weltwirtschaftskonferenz vorgezeichnet, wenn man über die Grenzen hinwegsehen könnte. Kaum genug hat die Erde. Grundbreite Starik hat alle entgegengesetzten Behauptungen widerlegt. Aber eine solche großzügige Lösung kommt erst in Frage, wenn die politische Entwicklung weiter fortgeschritten ist, wenn die Zollmauern gesunken sind und das Selbstständigkeitsgefühl der Nationen durch den Zwang allgemeiner Tendenzen einer solchen Regelung willfährig gemacht worden ist. Damit hat es noch gute Weile. Aber das Ziel soll man vor Augen behalten und vor allem nicht verassen, daß jede Politik, die mit den Schlafworten vom Schutz der nationalen Arbeit Sonderinteressen begünstigt, schließt doch die nationale Arbeit schädigt, wenn nicht vernichtet.

Aufräumen im Reichsinnenministerium

Ursprünglich hatte das Kabinett die Absicht, vor dem Herbst keine Personalveränderungen vorzunehmen. Schon mit Mühsal ist die Umbildung der Regierung im Sinne der großen Koalition. Wenn Seebing diesen Grundriss verlassen hat, so dürfte er durch zwingende Gründe dazu veranlaßt worden sein. Man kann sie ihm nachfühlen. Mit jenen beiden hohen Beamten, die Herr von Steudell in das ehemalige Generalkonsulgebäude berufen hat, seinem Bruder und Herrn von Kamele, läßt sich eben nicht arbeiten. Ratgeber, die nicht mit dem eigenen Parteifreund nützen, sind für den politischen Gegner erst recht nicht zu gebrauchen. Herr von Steudell, der jüngere, war wenigstens

so vorsichtig, selbst auf Urlaub zu gehen, um nicht durch seine Anwesenheit zu führen. Herrn von Kamele mußte das erst nahe gelegt werden. Natürlich tötet die deutsch-nationale Presse. Der Lokal-Anzeiger meint, die Linde habe sich feinerzeit förtlich entricfelt, als Ministerialdirektor Bredt entfernt wurde, und finde das jetzt ausgesprochen. Wir haben die Verabstimmung eines guten Republikaners damals durchaus verstanden. Ein politisches Ministerium wechselt in seiner Zusammensetzung. Auch ist Dr. Bredt auf eine andere Stelle berufen worden, an der er sich bewährt hat, und weiter bewähren kann. Wogegen wir uns wandten war lediglich die Art, wie es geschah. Die wir deutsch-nationalem Takt entsprechen, für alle anderen Parteien war sie in ihren Formen unerträglich.

Vornehmes Schweigen

Der Reichstagspräsident Loebe hielt in Wien und Graz seine großen Reden. In der Form meisterhaft und von jener Warmherzigkeit erfüllt, die mehr überzeugt als noch so viele Gründe. Er sprach ganz im Sinne unserer Deutsch-nationalen, die auch für den Anschluß sind und deutsche „Belange“ waren, solange es in den Kram paßt, aber gelegentlich Volksgenossen wie die Südtiroler preisgeben um der höheren Politik willen. Die „Deutsche Zeitung“ erwähnte die Ausführungen des Reichstagspräsidenten überhaupt nicht. „Kreuzzeitung“ und „Lokal-Anzeiger“ gingen zwar nicht ganz so weit, geben aber den Inhalt mit keinem Wort wieder. Daß die Gegner im Auslande rar sind, begreifen wir. Dieser Dolchstoß in den Rücken von der Heimat geführt, ist unverständlich und ein Beweis einer Verwirrung, die deutsch-national sein mag, aber weder deutsch noch national ist.

Der Ausschluß Lambachs

Das Scherengericht in Potsdam 2 hat über Lambach geurteilt. Der Spruch lautet: Ausschluß aus der Deutsch-nationalen Partei wegen Unfähigkeit und ungebührlicher Beschimpfung eines Abgeordneten, nämlich Hugenbergs. Die Berufung an die höhere Instanz steht noch offen, und wird wohl erfolgen. Dann kann Maxraf seinen Sitz einnehmen. Er hat zwar angewendet, das noch bis zum Herbst, aber sich endlich bereit gefunden, es nach bis zum Herbst zu betreten. Wäiter, die so aufstehen den Deutsch-nationalen und der Volkspartei stehen, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung und die Berliner Morgen-Blattung haben entsetzt über eine Furcht, die vermutlich Stellung bedeuten wird. Dieses Ergebnis mag in der Tat eintreten. Aber bedauern können wir es nicht. Lambach hat gewiß scharf ausgegriffen und nachher, was schämmer ist, einen Rückzug versucht, aber der letzte Grund für die Furcht ist eben die Unmoralität der Partei, die nicht weiß, wo sie hin soll, die mit der Kaiserhandkarte in der Hand der Republik Treue schwört.

Richard May.

Die Richter in Deutschland

Im Jahre 1927 hatte Deutschland 9361 einstmögliche Richter gegen 7006 im Jahre 1883 und 10 600 im Jahre 1915. Je ein Richter kommt also auf 6681 Einwohner. Die Richter sind auf 1750 Amtsgerichte, 159 Landgerichte, 27 Oberlandesgerichte und das Reichsgericht verteilt, wobei auf die Amtsgerichte durchschnittlich je 35 700 Einwohner entfallen. In Preußen ist infolge der Gebietsabänderungen die Zahl der Gerichte erheblich zurückgegangen. Vermindert hat sich auch die Zahl seiner Richter von 6208 im Jahre 1913 auf 5328 im Jahre 1927, also um fast 18 v. H. Sie verteilen sich auf 1006 Amtsgerichte, 85 Landgerichte und 13 Oberlandesgerichte.

Zu dieser Aufstellung über die Richter treten aber noch die Hilfsrichter, von denen es 1926 in Preußen 1800 gab. Wenn Staatsanwälte, Amtsanwälte, mittlere und untere Beamte Hilfsbeamte, Angestellte und Arbeiter der Justizverwaltung zusammengezählt werden, so ergibt sich in Preußen für 1927 die Summe von 45 888 gegen 43 878 im Jahre 1913, von der auf planmäßige Beamte die Zahl 30 800 entfällt — mehr als ein Drittel aller in den Justizverwaltung beschäftigten Beamten. Die Zunahme der Richter und der in der Justiz Beschäftigten ist sehr wesentlich bedingt worden durch die Anwerbungsengesetzgebung. In Preußen sind etwa 90 v. H. der vorliegenden 2 800 000 Anwerbungsfinden und mehr als 60 v. H. der mit ihnen im Zusammenhang stehenden Grundbuchbesitzer inzwischen erledigt worden.

Die Rechtsanwälte sind seit 1880 von 4111 auf 13 578 gestiegen. Auf 4606 Einwohner kommt je ein Rechtsanwält.

Der Beamte im neuen Staat

Von Erich Koch-Weser, Reichsjustizminister

In der Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes äußert sich der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei grundlegend über die Stellung des Beamten. Wir geben aus diesem Anlaß einen Auszug wieder.

Die unglückselige Behandlung der letzten Besoldungsgehe durch die Reichsregierung und den Reichstag, die völlig überflüssige monatliche lässige Erörterung der Besoldungsfragen in breiter Öffentlichkeit hat in meinen Schichten der Bevölkerung ganz frische Äußerungen hervorgerufen und den Gegnern der Beamtenherrschaft willkommenes Wasser auf die Mühlen geliefert. Als Folge hiervon zeigte sich besonders auch in den Wahlkreisen eine starke Antipathie gegen die Beamtenherrschaft. Sogar kommen akademische Erörterungen über die Bedeutung der Berufsbeamtentums, die die Sorge der Beamten um ihre Nachstellung nach vernehmen und eine beachtliche Abwehr auslösen. Alle diese Erörterungen mögen bedauerlich sein, es wäre aber obwegig, adios an ihnen vorbeizugehen und unsere Beamten können von den politischen Führern eine klare Einstellung zu der Frage des Berufsbeamtentums verlangen. Das ist übrigens eine Angelegenheit, die nicht nur die Beamten, sondern die gesamte Bevölkerung, die den Staat noch weit mehr angeht.

„Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“, so heißt es im Artikel 130 der Deutschen Reichsverfassung. Das bedeutet, daß sie ihre Tätigkeit ohne Ansehen der Person, der Partei, eines Standes oder einer Klasse, niemandem zuliebe und niemandem zuliebe ausüben, daß sie sich in ihrer Arbeit nur auf das Gesamtinteresse, d. h. das Interesse des Staates einstellen sollen, daß sie im Dienst keine Partei zu ergreifen haben, sondern daß sie gerecht und unparteilich sein müssen. Das sind hohe Anforderungen, die hier gestellt werden. Sollen die Beamten ihnen gerecht werden, so müssen sie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrer rechtlichen Stellung gesichert und unabhängig sein. Diese Erkenntnis war mit ein Grund dafür, in politisch bewegter Zeit die Beamtenherrschaft in der Reichsverfassung von Beamten festzulegen. Wenn das geschehen ist, so liegen dem nicht unklare Gefühle, nicht Halbheiten zugrunde, sondern die klare Erkenntnis der Notwendigkeit eines jederzeit zuverlässigen und einwandfreien Beamtentums. Diese Erkenntnis hat auch die Deutsche Demokratische Partei bestimmt, sich nicht nur für den Schutz der Verfassung einzusetzen, sondern auch eine Regelung der Beamtenverhältnisse der Beamten auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu verlangen und einen dafür stehenden Gesetzesentwurf des Deutschen Beamtenbundes zu einem einheitlichen Beamtenrecht als Antizipationsentwurf im Reichstag einzubringen. Wir legen besonders Wert darauf, daß eine Zusammenfassung und einheitliche Regelung des Beamtenrechts durch Reichsgesetz erfolgt, daß das Beamten-Beamtenrecht geschaffen wird. Wir fordern aber auch jede Berechtigung des Beamtenrechts mit dem Allgemeinen Arbeitsrecht und mit jedem anderen privaten Recht ab.

Beamtenrecht ist Staatsrecht und soll Staatsrecht sein. Dadurch soll klar und deutlich das besondere Rechtsverhältnis des Beamten zum Staat, mit seinen besonderen Rechten und Pflichten, aber auch mit seinen besonderen Pflichten zum Ausdruck gebracht werden. Das Staatsinteresse

geht jedem privaten Interesse voran, der Staat ist seinen Beamten gegenüber nicht der bloße Arbeitgeber im privatwirtschaftlichen Sinne, aber auch das Beamtenverhältnis ist ein anderes, als das des reinen privaten Arbeitnehmers. Gerade das muß erkannt werden. Denn es gilt auch gegen die reine Arbeitnehmerpflicht in der Beamtenherrschaft Stellung zu nehmen. Der Beamte ist auf Gehalt und Verdienst mit dem Staat verbunden und hat daher, was gewiß nicht immer genügend erkannt wird, an diesen Wohlwollen ein Lebensinteresse. Der private Arbeitnehmer kann jederzeit entlassen werden, der Beamte ist in seiner Stellung gesichert, das bedingt ein besonderes Treueverhältnis; der private Arbeitnehmer kann jeden Tag seine Arbeit aufgeben, der Beamte kann das nicht, das bedingt besondere Sicherungen gegen Willkür. Der private Arbeitnehmer kann mit allen Mitteln, auch dem Streik, um den Preis für seine Arbeit kämpfen. Dem Beamten wird sein Gehalt einseitig durch den Arbeitgeber festgesetzt, er kann bitten, petitionieren, verhandeln, meinetwegen auch fordern, aber nicht streiken, nicht die Arbeit verweigern. Kein Staat wird seinen Beamten das Streiken gestatten können; ein Streik gibt es nicht. Es ist vielleicht bedauerlich, daß hierüber nach der Staatsumwälzung in unruhiger Zeit nicht immer klarheit bestanden, und daß man die Köpfe der Beamten von manchen Seiten verwirrt hat. In dem Augenblick, wo einmal ein Beamtenstreik ausbrach, standen auch die Parteien, die vorher nicht klar Stellung nehmen wollten und zum Teil den Gedanken des Streikrechts vertragen, auf der Gegenderte.

Gewiß ist den Beamten im Art. 130 der Reichsverfassung die Freiheit der politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet, das bedeutet aber nicht hemmungslose politische Betätigungsfreiheit. Die Schranken, die in der Reichsverfassung nicht genannt sind, liegen in der natürlichen Stellung des Beamten zum Staat und finden ihren Ausdruck in der Disziplinargesetzgebung und der darauf begründeten Nachsprache. Der Beamte hat das Recht, sich nach seiner politischen Anschauung frei zu betätigen und zu organisieren und für seine Auffassung in Wort und Schrift zu werben. Dabei darf er natürlich nicht den Kampf gegen die Grundlagen und den Bestand des Staates führen und nicht den Staat, seine Verfassung, Symbole, Farben und Heiratsentanten verächtlich machen. Wo hier die Grenzen liegen, ist gesetzlich kaum zu fixieren, hier muß das natürliche Tatgefühl und gegebenenfalls der Disziplinarrichter entscheiden. Es soll hierbei nicht verkannt werden, daß hierin bei den veralteten Disziplinargesetzen, besonders bei denen in Preußen, ohne ein mit den nötigen Sicherheiten umgebenes Rechtsverfahren, noch erhebliche Gefahren liegen. Sie müssen durch ein neues Disziplinargesetz im Rahmen des Beamtenrechts beseitigt werden. Ein wirklich politisch denkender und führender Beamter wird übrigens die Disziplinargesetze nicht zu fürchten haben, er wird immer den erforderlichen Takt und die Grenzen finden. Politische Betätigung und Fortbildung ist für unsere Beamten dringend erwünscht; denn dadurch bekommt der Beamte Fühlung mit anderen Volksgenossen und Verständnis für deren Wünsche und Sorgen. Durch die politische Arbeit wächst der Beamte aus seinen beruflichen Gesichtsfeld hinaus, was unbedingt erforderlich ist. Gerade im Volksstaat dürfen wir kein feinsinnig abgeschlossenes Be-

Deutschlands Meliorationsaufgaben

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bodenverbesserungen.

Bei der Erörterung der Maßnahmen, deren Durchführung geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft zu bessern, ihre Produktivität zu steigern, wird sehr oft ein grundlegendes Fehler begangen. Verstärkte Düngemittelverwendung, Moosmäherung, Verwendung hochgezüchteter Saatguts, Grünlandpflege u. a. m. sind gewiß wichtige Mittel der rechtigen Nationalisierung der Landwirtschaft, und sollen in ihrer Bedeutung nicht verringert werden. Sie haben aber für ihre Wirksamkeit zur Voraussetzung, daß das Fundament der Landwirtschaft, der Grund und Boden gesund ist.

Das ist in überaus großem Umfang bei uns nicht der Fall. Nach zuverlässigen Schätzungen — genaue Statistiken fehlen leider ganz — sind in Deutschland etwa zehn Millionen Hektar (einschließlich zwei Millionen Hektar Weiden) — 30 Proz. der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzfläche entweidungslos bzw. drückerbedürftig. Vertriebswirtschaftlich gesehen, bedeutet diese Nichtverwertung der Wasserwirtschaft in kurzen Worten: ohne Entwässerung keine Durchlüftung des Bodens, ohne Entwässerung Bodenfruchtbarkeit und Verdunstungsrate. Die Folge: erschwertes Pflanzenwachstum, Pflanzenkrankheiten, faures Futter, Unfruchtbarkeit aufgewandter Düngemittel. Man kann annehmen, daß diese Böden in Jahren mit großem Niederschlagsmengen nur 40–50 Proz. der technisch erreichbaren Vollerträge bringen. Das alte Bauernsprichwort: „Die Sonne scheint keinen Bauern vom Felde, aber das Wasser schwemmt ihn hinterher“ besteht zu Recht. Zweifellos lassen sich durch die Entwässerung des Bodens gewaltige Mehrerträge erzielen, deren Wert sich auf ca. zwei Millionen beziffern läßt, ganz abgesehen von den sonstigen Vorteilen der Qualitätsverbesserung und der größeren Stabilität der mengenmäßigen Ernteerträge. Bedürftigsten man noch die drei Millionen Hektar Deblandfläche, die zu landwirtschaftlicher Nutzung kultiviert werden können, zieht man ferner die Mehrerträge in Betracht, die sich nach einer Flurvereinigung in Süddeutschland ergeben würden, steigert sich der Mehrwert der landwirtschaftlichen Produktion auf mindestens drei Milliarden Mark. Das sind keine Utopien, sondern Berech-

nungen erfahrener Sachleute. Der Wert dieser Mehrproduktion würde also ungefähr dem Betrage gleichkommen, mit dem unsere Handelsbilanz passiv ist und den wir für die Lebensmittelinfuhr ausgeben.

Die Inangriffnahme großräumiger Meliorationsmaßnahmen ist so nicht nur im Hinblick auf die Hebung der Lage der Landwirtschaft ein dringendes Erfordernis, sondern auch aus Gründen der Wiedererlangung unserer gesamtstaatlichen Selbständigkeit. Die große Kapitalnot der Kriegszeit hat es nun leider verhindert, daß für die Verbesserung der Landeskultur das getan wurde, was nötig gewesen wäre. Zwar sind von Reich, Ländern und Provinzen Mittel zur Verfügung gestellt worden, aber diese Summen waren nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Weizengänge finanzieren Unterfertigung ist aber um so mehr geboten, als über 90 Proz. der zu meliorierenden Flächen in der Hand von Bauern und Kleinbauern sind, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage noch weniger als früher aus eigener Kraft Meliorationen durchzuführen imstande sind. Bodenverbesserung wird, wie hier eingeschlagen sei, die betriebswirtschaftliche Wichtigkeit der Meliorationen gerade in diesen Krisen noch nicht völlig erkannt. Der Kulturreich in landwirtschaftlichen Schulwesen die gebührende Stellung eingeräumt werden.

Zur Inangriffnahme wird es gegenwärtig an der Bereitstellung genügenden Kapitals. Der jährliche Bedarf ist mit 150 bis 200 Millionen eher zu niedrig als zu hoch angesetzt. Was nicht es, wenn das Reich Millionenbeträge für Zinsverbilligung von Meliorationskrediten auswirft, wenn das Kapital dazu nicht aufzutreiben ist! Lieberginge sollte man, wenn man hilft, ganze Arbeit tun. Eine auf die Dauer von nur fünf Jahren berechnete Zinsverbilligungsaktion reicht für den Meliorationskredit in der Regel nicht aus. Ein Weisheitsgesetz ist erforderlich, das die Bereitstellung solcher Mittel für die Dauer von jeweils zehn Jahren vorschreibt. Neben einem tragbaren Zinsfuß ist Vangriffzeitigkeit das Haupterfordernis des Meliorationskredits.

Die Hauptfrage bildet aber die Frage der Kapitalbeschaffung. Da die inländische Kapitalbede noch zu kurz ist, plant man seit längerer Zeit die Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe. Wenn je, dann kann hier für diesen pro-

zentium haben. Der Beamte muß vielmehr in und mit der Volk leben, fühlen und denken, denn er soll ja der Volk gesamtbeitragen und nicht mehr bestimmten Person Schichten oder Klassen.

Mar Holz-Parade

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wenn man die kommunistischen Paraden gesehen hat, zu Ehren von Mar Holz veranstaltet wurde, so gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß es den Kommunisten nicht so sehr auf die tatsächliche Freilassung von Mar Holz, als auf das Theater, das sie machen konnten, sondern auf die Agitationsmöglichkeiten wichtiger, die ihnen der Staat um die Freilassung der politischen Gefangenen bot, als auf die Freilassung selbst. Wenn im übrigen jetzt in einem Teil der Reichspresse das rote Geschwätz wieder an die Wand gemalt ist, so sollen diese Geschwätzmaterialien niemandem irreführen. Die Holz-Parade gesehen hat, der weiß, daß es eine Parade ist: Theater, Klatsch, Klamauf, wie der Herr Nachbar sagt, Verbleib, aber damit ist die Sache auch ziemlich schick. Das sind noch immer die alten abgetragenen Phantasien, die man schon vor zehn Jahren hörte. Das hat derselber dreimalige Koch und dreimalige Arbeiterführer heute noch geübt wurde wie damals, als die Kommunisten unter Herfnecht durch die Siegesallee spazierten und sich lin unklarer machten. Vom revolutionären Gan und vom Einholung von Mar Holz wenig zu hören. Vom Mar Holz unter dem Zug der Teilnehmer sah man Kanakiter, dem Zeit der man schon allerlei zutrauen kann. Das Gros jedoch waren gute Parteileute, die am Jahabend und im Betrieb ist bei den Funktionäre tätig sind und irgendeinen Posten besetzen. Dann war natürlich auch noch da der rote Frontläufer, der Hand mit seinen Schmalen. Aber auch hier: Altklischee! Die Uniformen eine Kopie der Reichsbauernuniform. Die die effiziente hobene Faust als Gruß eine Kopie des Faschistengrußes. Nichts Eigenes, nichts Revolutionäres, das auf tiefen Boden gewachsen ist.

Dann auf rotem Tuch plakatiert: Mar Holz, ich Ehrenden der Bourgeoisie! Ein Titel für ein Großschwein eine Bezeichnung a la Minabo Kinabini. Nein, Mar Holz schreit uns nicht mehr. Der Mann, den sie hier auf ein Auto mitführen, mag sich schließlich auch seine Gedank gemacht haben. Nach einem siebenjährigen Leben in der Zelle hat man wohl den Sinn für stilles Theater verloren. Die Republik kann heute einen Mar Holz freilassen. Wir können ihm seine Freiheit um so eher, wenn sich h ausstellen sollte, daß er an der Lösung des Gutschickungsteil beteiligt ist. Die Kommunisten brauchen Verbleib, werden vermutlich jetzt den Holz und die übrigen zum stercken von Stadt zu Stadt schleppen. Das ist ein Probandamittel, ein kommunistisches Theaterstück. Aber es nicht mehr.

Den Zug begleiteten unsere Beamten der Schutzpolizei. Das ist für die Beamten keine leichte und keine angenehme Aufgabe. Sie müssen ihre Nase behaupten auch dann, wenn ihnen Bemerkungen und Schimpfwörter nachfliegen. Et wa ihre Nase behaupten und sie schaffen es mit der Mar Holz. Das bewies die Mar Holz-Parade durch die Schmalen, die hier unergründeten ihren Dienst taten: Die Autorität des Staates ist heute Gottschalk wieder so groß worden, daß die kommunistischen Revolutionspielereien umand mehr zu sprechen brauchen.

Mar Holz, ein Schreckensmann?

Die Angst der Reichspresse.

Also lesen wir im „Berliner Lokal-Anzeiger“ Mar Holz: „Die Art, wie dieser finstere Mann immer wieder nach allen Richtungen über die Menge blühte, rief, prüfte, was Willkür, was Neugierige, was gegnerische Beobachter waren, wie er die Zahl der unbedingten Zurücklassigen abfing und als Kampfbreite einflaßerte — ist mehr als beunruhigend.“

Dem Berichterstatter des „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist denn doch das Herz allzu sehr in die Knieelchen gelaut. Wenn er sich richtig orientieren hätte, so hätte er auch Schupoleten gesehen, die auf dem Boden waren. Für ein nationaler Mann vom Schlage des „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist eine solche blasse Furcht doch keine tolle Angelegenheit. Mar Holz wird wohl ein wenig fähig sein, aber der allzu ängstliche Berichterstatter des „Berliner Lokal-Anzeiger“. Wer einmal hundert Jahre hinter die Mauern gebracht hat, der wird sich an zweites zu halten, sich an der Macht des Staates den Schadel zurechnen.

Europa auf dem Wege zur Goldwahrung

Die neue Methode der Goldlern!

Vor dem Kriege wurde die Einheit der Weltwirtschaft, besonders aber der europäischen Wirtschaft, nicht nur durch die weiträumige Arbeitsteilung, sondern vor allem und durch die allen gemeinsame Benutzung des Geldes als gemeinsames Gefäß. Der Krieg hat auch das zerstört. Alle vordringenden Länder haben ihre Währungen freiwillig oder gezwungen, um sie beweglicher und sich für die kurzfristigen Kreditinstitute der Kriegsführung freier zu machen, snige haben das Verhalten verstanden; andere haben sich, infolge der Abgang der Goldbestände, in die Inflation gezwungen. Die ökonomischen Umstandungen, die in dieser Zeit erfolgten, haben ferner zu einer Konzentration der Goldbestände in den Vereinigten Staaten geführt. Die Wiederherstellung des Goldstandards in einer möglichst großen wirtschaftlich bedeutenden Länder geführt daher zu den wichtigsten Programmpunkten des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaues. Nicht als ob dazu Goldwahrungen im alten Sinne notwendig wären mit Umlauf von Goldmünzen und dem englischen Vorbild strengster Notendekung; es hat sich ein neuer Typ herausgebildet, auf dessen Vorteile schon Lord Ricardo vor hundert Jahren aufmerksam machte: die Goldwahrung, die zum Teil sogar Goldbelegenerwahrung ist. Sie ist oft genug besprochen worden und man hat sich schon daran gewöhnt, bei allen Erortierungen von Wahrungsfragen Vorstellungen zu bringen, die früher in der Zeit der Goldwahrung alten Stils als revolutionär gegolten hätten, wenn auch nicht bei der Wissenschaft, so wohl bei den Praktikern und die heute selbstverständlich gebändert der allgemeinen Anschauungen vom Gelde gebräuchlich sind. Inner den Vorzügen der Goldwahrung gilt für alle Dingen der ins Gewicht, daß sie billiger ist als die effektive Goldwahrung, denn ein effektiver Goldwahrung ist natürlich teurer als Papier. Deshalb ist sie auch für Länder, die eine Inflation hinter sich haben, leider ersehnt, als die effektive Goldwahrung und sie bietet noch weiteren Vorteil, daß sie eine elastischere Kreditvermehrung gestattet als jene, was in Zeiten der Wahrungsstabilisierung von außerordentlich hoher Bedeutung ist. Die Tatsache, daß Deutschland aus politischen Gründen erst über die Notwendigkeit hinweg zur Goldwahrung gelangte, haben wir nicht teurer bezahlen müssen, weil die Notwendigkeit noch weniger elastisch war, als eine effektive Goldwahrung.

Die Stabilisierung der europäischen Währungen begann allmallig im Jahre 1922, als der Vorbund sich um die Stabilisierung der sterreichischen Währung bemühte und man zunächst die Krone stabilisierte, um erst im März 1925 eine neue Einheit, den Schilling einzuführen. Eine neue Einheit gibt es auch in Ungarn, den Knd; in Österreich und in Belgien und in Belgien die Belgia. In Belgien und in Österreich werden allerdings die alten Einheiten immer noch im inneren Verkehr benutzt, ohne Schwierigkeiten, weil ein festes Wertverhaltnis zwischen ihnen und der neuen Einheit vorhanden ist. Wir haben schon angedeutet, daß in der Zeit der Fdung des Notenumlaufes heute das Prinzip der freien Fdung nur noch wenig Anhänger hat und daß das Prinzip die Begrenzung des ungedeckten Notenumlaufes ist, das nach dem strengen englischen System, sondern mehr im weichen Sinne, d. h. mit größerer Beweglichkeit erfolgt. Es ist heute in der Tschechoslowakei, in Desterreich, in Deutschland, in Österreich, in Holland, der Schweiz, Ungarn, Polen, Dänemark, Italien, Griechenland und Frankreich, während früher nur Holland, die Schweiz und Dänemark dieses bewegliche Notenumlaufes hatten. Das gleiche System der festen Begrenzung haben heute nur noch Schweden und Norwegen, und das sind auch die einzigen Länder, die eine Goldwahrung im alten Sinne der effektiven Goldwahrung benutzen. Holland hat ein Zwischenglied zwischen effektiver Goldwahrung und Goldbelegenerwahrung, da es zwar gesetzlich die Goldbelegenerwahrung besitzt, aber der aber praktisch kein Gebrauch gemacht wird. England, Dänemark und Frankreich haben die Einführung der Goldbarren, wobei im Falle Frankreich die Einzelheiten der Durchführung noch nicht festgelegt sind. Die moderne Form der Goldbelegenerwahrung, bei der die ungedeckten Banknoten in Goldmünzen, Barren und in allen ausländischen Goldwahrungen, je nach Ra der Zentralbanknoten, erlassbar sind, besteht in Deutschland, Belgien, Polen, Italien und Griechenland. Eine Einführung nicht besteht noch in Desterreich und Österreich; in der Tschechoslowakei besteht ein System, das zwar die Einführung vorgeliebt, da man bisher aber noch keinen Anlaß zum Erlaß dieses detaillierten Gesetzes gehabt hat, weil die tschechische Währung auch ohne dies gesund ist, ist diese Währung als ein etwas fhler bestimmbarer Typ, aber doch auf jeden Fall als Goldwahrung zu bezeichnen. Das gilt auch von der Schweizer Frankendahrung, weil man bei Kriegsausbruch und der Umschlingung der lateinischen Mnzkurven die Unabhängigkeit der Frankendahrung aufgehoben hat. Da der Schweizer Franc aber während des ganzen Krieges, und bis höher seine Parität gegenüber dem Dollar immer wuchs, blieb auch immer Gold im Umlauf und die Schweiz muß heute als Goldwahrungsland gelten, obwohl auch sie die Einführung der Einfhrungspflicht bisher nicht ratig gemacht hat. So bleiben eigentlich nur Bulgarien und Spanien die Länder, die die Rückkehr zur Goldwahrung noch vor sich

Alter Adel

Franz I. von Frankreich wollte Duges zum Bischof machen. Er frag ihn, ob er von Adel sei. Duges antwortete: „Mein Herr, doch habe drei Söhne. Der altste ist ein Bauer, der mittlere ein Bauer, der jüngste ein Bauer.“ Gegen den Willen des Königs hat sich schon in früherer Zeit der gesunde bäuerliche Sinn gezeigt.

Als Adam grub und Eva spann,

Wo war denn da der Weismann?

100 Millionen Mk. für Siedlungszwecke

Die Aufgaben der Reichsregierung

Nachdem die früheren bedauerlichen Meinungen zwischen den zuständigen Instanzen des Reiches und Preussens festgestellt worden sind, jhretet das Siedlungsamt rtig vorwärts. Darub, das Preussen sich an den Sitzungen des Reichstagsausschusses beteiligen, und gemeinsam mit dem Reich bei der Kreditbewilligung vorgeht, ist eine Zusammenarbeit zwischen den früher rivalisierenden Instanzen hergestellt, die jetzt ihre Kräfte zu tragen beginnen. Die Rentenbankkreditanstalt hat bereits über 100 Millionen Reichsmark seit Herbst 1926 zur Verfügung gestellt. Der Reichstag hatte seinerzeit beschlosen, für die Jahre 1926/27 bis 30 Millionen Mark zur Siedlungszwecken bereitzustellen. Da erst im Herbst 1926 mit der Arbeit begonnen werden konnte, sind also bis zur Verfügung stehenden 100 Millionen reichs weitaus und auch die für das laufende Jahr vorgesehenen 50 Millionen werden, weil sich die Dinge entwickeln, ebenfalls in vollem Umfange gebraucht werden. Die finanzielle Seite der Angelegenheit funktioniert demnach befriedigend. Nicht so günstig geht es mit der tatsächlichen Anbahnung der Siedler. Der größte Teil des vom Reich und Staat zur Verfügung gestellten Geldes ist gegenwärtig noch im Grund- und Boden investiert, da die Siedlungsstellen mindestens ein, zum Teil sogar bis zu zwei Jahren brauchen, ehe der Siedler die fertige Stelle beziehen kann. Immerhin hofft man in diesem Jahr beistehende in Österreich 550 bis 600 Siedlerstellen zu schaffen. Für das ganze Reich beträgt der Vorkaufsplan für dieses Jahr etwa 3500 bis 4000 Stellen, und es ist anzunehmen, daß dieser Vorkaufsplan erreicht, wenn nicht überschritten wird.

Mit der Schaffung von Siedlerstellen ist es aber noch

nicht getan, es zeigt sich vielmehr, daß ihr Absatz an die Siedler größere Schwierigkeiten verursacht, als man stellenweise zunächst angenommen hatte. Die Nachfrage nach Siedlerstellen ist zwar außerordentlich stark, und es fehlt auch nicht an geeigneten Bewerbern. Die Schwierigkeit aber ist die, daß die Kosten der Siedlung sich als recht beträchtlich erweisen, insbesondere sind die Baukosten so hoch, daß von den Siedlern eine Anzahlung verlangt werden muß, die viele, und oft die geeigneten, nicht in solcher Höhe aufbringen können oder wollen. So kommt es, daß eine Anzahl von Stellen nicht besetzt werden konnte. Wertwahrung ist für den Absatz gerade in den am ungünstigsten gelegenen Österreich gut, während die Schwierigkeiten sich vor allem in der doch viel gnztiger gelegenen Provinz Niederschlesien zeigen. Ein Teil der Schuld an dieser unerfreulichen Ercheinung liegt demnach auch wohl den betreffenden Siedlungsstellenbesitzern beizumessen.

Zudem zeigt es sich, wie notwendig die Hilfe von Reich und Staat für den Fortschritt des politisch so wichtigen Siedlungswerkes ist. Es ist deshalb erforderlich, daß die vorgesehenen Mittel in vollem Umfange zur Verfügung gestellt werden. In dem Reichstagsbeschluss über die Bereitstellung von Reichsmitteln war vermerkt worden, daß der Finanzminister die Kredite nur soweit zur Verfügung stellen sollte, als dafür Gelder vorhanden wären. Nun ist zwar die Finanzlage des Reiches aufs äußerste angepannt, es muß aber betont werden, daß das Siedlungswerk sich am wenigstens zu berfrischen eignet, wenn das einmal begonnene Werk zu einem nützlichen Erfolg geführt werden soll.

haben. Bulgarien hat schon gewisse Schritte in dieser Richtung getan, während in Spanien die Stabilisierung noch auf sich warten läst. Im großen und ganzen kann aber heute schon damit rechnen, daß in absehbarer Zeit die europäische Wirtschaft wieder wie früher durch die Einheit des Preismaaes verbunden sein wird. Dr. H. R.

Scholz und die Demokratische Partei

Eine notwendige Zurückweisung.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Scholz, gefllt sich neuerdings in Unterredungen. In einem Interview, das die „Neue freie Presse“ veröffentlicht, hat er sich auch über den Gedanken eines Zusammenchlusses der Deutschen Volkspartei und der Demokraten ausgesprochen. Scholz hält den Zusammenschluss der beiden Parteien, wie man das ja von ihm auch nicht anders erwarten konnte, für ausgeschlossen.

Es ist im Augenblick nicht an der Zeit, die Diskussion über das Verhaltnis zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei fortzusetzen. Schon um desswillen nicht, weil ein Zusammenchluss mit Herrn Scholz und seinen engeren Freunden tatsächlich nicht denkbar ist, und weil selbst eine lokale Zusammenarbeit mit diesen Personlichkeiten bezweifelt werden muß. Die Zweifel daran hat Herr Scholz selbst wahrgenommen durch die merkwürdige Begründung, die er seiner Stellungnahme gab. Er betonte nämlich, daß sich niemals eine Kluff zwischen Weltanschauungen überbrücken ließe, und er sagt weiter, diese Kluff ließe „wesentlich in den komplexen Vaterland und Wirtschaft“. Was die Wirtschaft anlangt, so besteht zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und den vorkommenden Männern vom Schlage des Herrn Scholz allerdings eine Kluff, wenn hier die Wirtschaft aufgeführt wird als eine Vorherrschafft der Schwerindustrie, wie sie in der Zusammenfassung der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck kommt. Wenn sie weiter aufgeführt wird als eine einseitige Vertretung des Unternehmerrumpelpunktes überhaupt und wenn sie eine lokale Grundumstellung vermissen läst, die heute fast überall im Reichstag Selbstverhaltlichkeit geworden ist, nur nicht bei einer Anzahl von Vertretern der Deutschen Volkspartei.

Entscheidende Zurückweisung verdient aber die Meinung von Scholz, daß zwischen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei eine Kluff im Hinblick auf die Anschauungen über das Vaterland bestände. Das ist eine Ausdrucksweise, die wir Herrn Scholz nicht nachmachen können und wollen und um die wir ihn nicht beneiden. Vielleicht aber fragt Dr. Scholz einmal bei dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann an, wie oft dieser sich gegen deutsch-nationale Angriffe wehren mußte und mit Recht gehhrt hat, Angriffe, bei denen die Deutsch-nationalen, genau wie jetzt Herr Scholz, behaupten, bessere Patrioten zu sein. Die Deutsche Demokratische Partei lehnt eine Vaterlandsliebe nach Klassen und Parteien ab. Die Liebe zum Vaterland ist für alle staatsverhaltenden Parteien so selbstverständlich, daß man nicht darüber reden sollte. Von Herrn Scholz aber lassen sich die Demokraten am allerwenigsten sojagend patriotisch degradieren.

Im Mannheimer Generalanzeiger vom 13. Juli kuferte sich der vorkommende Parteiführer Volk-Karlsruhe zu der Reformelungsfrage: Durch den Wahlschluss bedingt die liberale Vereinigung stärker in der Vordergrund der öffentlichen Grerungen getreten. Die historische Entwicklung der liberalen Vereinigung zeige, daß sie sich mit ihrer Förderung auf Verhmzung der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei weit

Parteiprogramm und Monarchismus

Mit klarem Scharfen sieht sich die „Deutsche Zeitung“ zu der Behauptung genötigt, daß der Abgeordnete Lambach mit seiner Meinung über die Monarchie in der Deutsch-nationalen Volkspartei nicht allein steht, ja, daß selbst die „Deutsche Tageszeitung“ in dieser Frage eine Haltung einnimmt, die man selbst bei mglichstendlicher Betrachtung höchstens als faul bezeichnen kann. Das wörtlich-nationale Blatt verlangt angesichts solcher Unklarheiten und Zweifelsfragen eine authentische Stellungnahme der Partei. Mit dieser Förderung begehrt sich eine Veroffentlichung des deutsch-nationalen Abgeordneten Leopold in der parteiorganisatorischen Korrespondenz der Deutsch-nationalen, mit der man allerdings bei der „Deutschen Zeitung“ nicht zufrieden sein dürfte, denn Herr Leopold stellt die gar nicht zur Debatte stehende Frage: „Wo steht, was die Heuer behaupten, daß die Deutsch-nationalen mit aller Macht frühzeitig auf eine gewaltsame Wiederherstellung der Monarchie drängen?“ Wo steht, daß sämtliche kleinen Staaten nach dem legitimen Prinzip wiederhergestellt werden sollten? Nichts davon ist im deutsch-nationalen Programm zu finden. Alle Voraussetzungen aber grundsätzliche Meinungsunterschiede zu dem von Lambach angebotenen Programm sind demnach dchtigungen, dazu bestimmt, die Partei zu diskreditieren.“ Diese Fragen Leopolds sind zwar sehr schon formuliert, sie haben aber mit der Frage, um die es in Wirklichkeit geht, so gut wie gar nichts zu tun.

Lambach ausgeschlossen!

Der Antrag bei den Deutsch-nationalen. Der Vorstand der Deutsch-nationalen Landespartei für den Wahlkreis Potsdam II hat gestern in seiner Nachsicht: dahin entschieden, daß der Reichstagsabgeordnete Lambach wegen größten Verstoßes gegen die Parteizucht aus der Partei auszuschließen sei. Der Beschluss wurde damit begründet, daß sich Lambach einer größen Schandigung der Parteinteressen schuldig gemacht habe. Lambach wird gegen diesen Beschluss des Landespartei-Vorstandes, der als Parteigericht fungiert, Verwahrung einlegen. Er wird vermutlich auch ausführen, daß ein politisches Problem von solcher Tragweite nicht durch einen rein formellen Beschluss gelöst werden könne, und daß der Abgeordnete Sugenberg mit seiner bekannten Gründung einer Sondergruppe die tatsächliche Einheit der Deutsch-nationalen Volkspartei aufgehoben und sich eines viel größeren Verstoßes gegen die Parteizucht schuldig gemacht habe als Lambach selbst.

Stigmaurice als Bombenwerfer über Berlin

So sind unsere Vllischen. Der irische Flieger Stigmaurice soll im Oktober 1918 den Auftrag erhalten haben, Berlin mit Bomben zu besetzen. Der „Brtische Beobachter“ schreibt darüber (nicht etwa: Gott strafe England!, sondern): Der Waffensillstand, das Wort einer einmantigen Heimat, verhnderte diese Schreckensstat. Soll man aber besondere Genugtuung darüber empfinden, daß es nicht mehr dazu gekommen ist? Wir könnten uns denken, daß auch deutschen Frontsoldaten die Person Stigmaurices noch sympathischer wäre, wenn er damals, trotz des Waffensillstandes, den Desterreich und Neuterrumpfung Berlin ordentlich verbrocht hätte. Vielleicht hätte er damit eine Tat vollbracht, die seinen heutigen Flug an Tragweite noch bertroufen hate.



